

PRESSEMITTEILUNG

SPD STADTRATSFRAKTION NÜRNBERG

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

Städtische Wohnbauflächen für den geförderten Wohnungsbau bereitstellen

Die Zahl der belegungsgebundenen Wohnungen ist in den letzten 25 Jahren von über 65.000 Wohnungen auf unter 18.000 Wohnungen zurückgegangen. Damit wurde dem Mietermarkt preiswerter Wohnraum in großem Umfang entzogen. Über 8000 wohnungssuchende Haushalte gibt es derzeit in Nürnberg. Und die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum für Familien, Schwellenhaushalte, einkommensschwache Seniorenhaushalte, Studenten, Alleinerziehende, Behinderte, anerkannte Flüchtlinge usw. nimmt beständig zu.

Seit der Jahrtausendwende hat die Einwohnerzahl Nürnbergs um über 36.000 Einwohner zugenommen. Allein von 2010 bis 2014 stieg die Einwohnerzahl um 21.000 Bewohner. Im Laufe des Jahres 2015 kamen weitere 10.500 Menschen dazu. Und die Prognosen lassen einen weiteren Anstieg erwarten. „Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass für alle Bevölkerungsschichten bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird“, resümiert Gerald Raschke, planungspolitischer Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion.

Die Rathaus-SPD fordert in einem Antrag die Stadtverwaltung auf, künftig bei der Vergabe von Grundstücken konsequent darauf zu achten, dass ein möglichst hoher Anteil an geförderten Wohnungen entsteht. Mit dem Sonderprogramm Wohnen wurden erstmals in größerem Umfang Wohnbauflächen an die Wbg in Form einer Sacheinlage und an gemeinwohlorientierte Unternehmen in Form von Konzeptausschreibungen vergeben. Damit werden aktuell beim Bau von über 3000 Wohneinheiten rund 850 Wohnungen im geförderten Wohnungsbau entstehen.

„Wenn wir einen Anstieg der belegungsgebundenen Wohnungen erreichen wollen, müssen wir das beim Sonderprogramm Wohnen praktizierte Verfahren der Sacheinlage bei der Wbg bzw. die Konzeptausschreibung konsequent für alle städtischen Flächen anwenden. Nur so können wir ein weiteres Absinken der belegungsgebundenen Wohnungen erreichen“, ergänzt Fabian Meissner, der wohnungspolitische Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion.

„Von begründeten Ausnahmefällen abgesehen, müssen wir dieses Verfahren so lange beibehalten, bis wir einen deutlichen Anstieg bei belegungsgebundenen Wohnungen geschafft haben“, stellt Raschke abschließend fest.

Für weitere Informationen:
Stadtrat Gerald Raschke, Tel: 0171/1425617

Nürnberg, 26. Juli 2016